

Art. 4. Artikel 14 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met een lid dat luidt als volgt :

« De cursisten die een voor de vestiging als zelfstandige nuttige opleiding met vrucht hebben beëindigd, kunnen van de evaluatie op het einde van de opleiding als ondernemingshoofd, in één of meerdere onderwijsgebieden vrijgesteld worden.

De voor de vestiging als zelfstandige nuttige opleidingen die een vrijstelling mogelijk maken, worden door de Minister op voorstel van het Instituut vastgelegd. »

Art. 5. Dit besluit heeft uitwerking op de dag waarop het wordt ondertekend.

Art. 6. De Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 30 november 1998.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Financiën,
Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme,
J. MARAITE

De Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden,
K.-H. LAMBERTZ



D. 99 — 1051 (98 — 2998)

[S - C - 98/33127]

2. JULI 1998 — Dekret zur Zustimmung zum Abkommen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, dem Land Rheinland-Pfalz, der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens über grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und anderen öffentlichen Stellen, unterzeichnet zu Mainz am 8. März 1996. — Erratum

In *Belgischen Staatsblatt* vom 7. November 1998, Seite 36431, muß zum Dekret vom 2. Juli 1998 zur Zustimmung zum Abkommen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, dem Land Rheinland-Pfalz, der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens über grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und anderen öffentlichen Stellen, unterzeichnet zu Mainz am 8. März 1996 nachfolgendes Abkommen veröffentlicht werden.



Abkommen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, dem Land Rheinland-Pfalz, der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens über grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und anderen öffentlichen Stellen

Das Land Nordrhein-Westfalen, das Land Rheinland-Pfalz, die Wallonische Region und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens;

im Bewußtsein der aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erwachsenden Vorteile, wie sie in dem am 21. Mai 1980 in Madrid geschlossenen Europäischen Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit aufgezeigt sind;

in dem Wunsch, diesen Körperschaften und anderen öffentlichen Stellen die Möglichkeit zu verschaffen, auf öffentlich-rechtlicher Grundlage zusammenzuarbeiten,

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Anwendungsbereich

(1) Dieses Abkommen findet im Rahmen der den Vertragspartnern nach innerstaatlichem Recht zustehenden Befugnisse Anwendung:

1. in der Wallonischen Region auf "communes" und "Centres publics d'aide sociale";

2. in der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf "Gemeinden" und "Öffentliche Sozialhilfezentren";

3. im Land Nordrhein-Westfalen auf Gemeinden, Kreise, Landschaftsverbände und den Kommunalverband Ruhrgebiet;

4. im Land Rheinland-Pfalz auf Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreise.

(2) "Intercommunales", "Interkommunale" und Zweckverbände können sich an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beteiligen, wenn ihre innerstaatlichen Organisationsstatute dies zulassen.

(3) Im Einvernehmen mit den anderen Vertragspartnern kann jeder Vertragspartner andere kommunale Körperschaften benennen, auf die die Regelungen dieses Abkommens zusätzlich Anwendung finden sollen.

(4) Absatz 3 findet auf sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts entsprechende Anwendung, wenn ihre Beteiligung nach innerstaatlichem Recht zulässig ist und an den Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auch innerstaatliche kommunale Körperschaften beteiligt sind. Unter diesen Voraussetzungen ist auch die Beteiligung von Personen des Privatrechts mit Ausnahme einer Zusammenarbeit nach Artikel 6 zulässig.

(5) Dieses Abkommen findet keine Anwendung auf Formen der Zusammenarbeit, an denen nur deutsche oder nur belgische öffentliche Stellen beteiligt sind.

(6) Öffentliche Stellen im Sinne dieses Abkommens sind die in den Absätzen 1, 2 und 3 genannten sowie die in Absatz 4 einbezogenen Personen.

Artikel 2

Ziel und Formen der Zusammenarbeit

(1) Öffentliche Stellen können im Rahmen der ihnen nach innerstaatlichem Recht zustehenden Befugnisse nach Maßgabe dieses Abkommens zusammenarbeiten, um eine wirtschaftliche und zweckmäßige Erfüllung ihrer Aufgaben im Wege der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu fördern.

(2) Die Zusammenarbeit kann unbeschadet der zivilrechtlich gegebenen Möglichkeiten erfolgen durch:

1. Bildung von Zweckverbänden;
2. Abschluß öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen;
3. Bildung kommunaler Arbeitsgemeinschaften.

Artikel 3

Zweckverband

(1) Öffentliche Stellen können zur gemeinsamen Erfüllung von Aufgaben, die nach dem für sie jeweils geltenden innerstaatlichen Recht von einem öffentlich-rechtlichen Verband wahrgenommen werden dürfen, einen Zweckverband bilden.

(2) Der Zweckverband ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft. Er besitzt Rechtsfähigkeit.

(3) Soweit dieses Abkommen keine anderen Regelungen enthält, gelten für den Zweckverband die innerstaatlichen Vorschriften des Sitzstaates.

Artikel 4

Satzung und innere Struktur des Zweckverbands

(1) Zur Bildung des Zweckverbands vereinbaren die beteiligten öffentlichen Stellen eine Verbandssatzung.

(2) Organe des Zweckverbands sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorstand. Die Verbandssatzung kann unter Beachtung des jeweils anzuwendenden innerstaatlichen Rechts weitere Organe vorsehen.

(3) Die Verbandssatzung muß Bestimmungen enthalten über:

1. die Verbandsmitglieder;
2. die Aufgaben und Befugnisse des Zweckverbands;
3. den Namen und den Sitz des Zweckverbands;
4. die Zuständigkeiten der Organe des Zweckverbandes und die Zahl der Vertreter der öffentlichen Stellen in den Organen;
5. das Einladungsverfahren;
6. die zur Beschlußfassung erforderlichen Mehrheiten;
7. die Öffentlichkeit der Sitzungen;
8. Sprache und Form der Sitzungsniederschriften;
9. die Art der Rechnungsführung;
10. die Festsetzung der Beiträge der Verbandsmitglieder;
11. Beitritt und Austritt von Verbandsmitgliedern;
12. die Auflösung des Zweckverbands und
13. die Abwicklung des Zweckverbands nach seiner Auflösung.

Sie kann weitere Bestimmungen vorsehen.

(4) Änderungen der Verbandssatzung bedürfen mindestens einer Zweidrittelmehrheit der satzungsgemäßen Zahl der Vertreter der öffentlichen Stellen in der Verbandsversammlung. Die Verbandssatzung kann zusätzliche Voraussetzungen vorsehen.

(5) Die Entsendung von Vertretern der öffentlichen Stellen in die Verbandsversammlung richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht des jeweiligen Staates. Gleiches gilt für die Rechte und Pflichten dieser Vertreter im Verhältnis zu ihren entsendenden Stellen, soweit dieses Abkommen nicht anderes regelt.

Artikel 5

Befugnisse des Zweckverbands gegenüber Dritten

(1) Der Zweckverband ist nicht berechtigt, Dritten durch Rechtsnorm oder Verwaltungsakt Verpflichtungen aufzuerlegen.

(2) Die Mitglieder des Zweckverbands sind ihm gegenüber verpflichtet, im Rahmen ihrer innerstaatlichen Befugnisse die Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind.

Artikel 6

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

(1) Öffentliche Stellen können miteinander eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung abschließen, soweit der Abschluß nach dem innerstaatlichen Recht der beteiligten öffentlichen Stellen zulässig ist. Die Vereinbarung bedarf der Schriftform.

(2) Durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung kann insbesondere geregelt werden, daß eine öffentliche Stelle Aufgaben einer anderen öffentlichen Stelle in deren Namen und nach deren Weisung unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts der weisungsbefugten öffentlichen Stelle wahrnimmt. Die Vereinbarung, Aufgaben einer anderen öffentlichen Stelle im eigenen Namen wahrzunehmen, kann nicht getroffen werden.

(3) Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung muß eine Regelung darüber enthalten, ob und in welchem Umfang im Verhältnis zwischen den beteiligten öffentlichen Stellen eine Freistellung von der Haftung gegenüber Dritten erfolgt, soweit das innerstaatliche Recht dies zuläßt.

(4) Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung muß eine Regelung über die Voraussetzungen für eine Beendigung der Zusammenarbeit enthalten.

(5) Soweit in diesem Abkommen keine anderweitige Regelung getroffen ist, ist das Recht des Staates anwendbar, auf dessen Gebiet die jeweilige Verpflichtung aus der Vereinbarung erfüllt werden soll.

Artikel 7

Kommunale Arbeitsgemeinschaft

(1) Öffentliche Stellen können durch schriftliche Vereinbarung eine kommunale Arbeitsgemeinschaft bilden. Eine kommunale Arbeitsgemeinschaft berät nach Maßgabe der getroffenen Vereinbarung Angelegenheiten, die ihre Mitglieder gemeinsam berühren.

(2) Eine kommunale Arbeitsgemeinschaft kann keine die Mitglieder oder Dritte bindenden Beschlüsse fassen.

(3) Die Vereinbarung muß Bestimmungen enthalten über:

1. die Aufgabengebiete, auf denen sich die kommunale Arbeitsgemeinschaft betätigen soll;
2. die Durchführung der Arbeitsgemeinschaft;
3. den Sitz der Arbeitsgemeinschaft.

(4) Soweit in diesem Abkommen keine anderweitige Regelung getroffen ist, ist auf die kommunale Arbeitsgemeinschaft das Recht des Staates anwendbar, in dem die Arbeitsgemeinschaft ihren Sitz hat.

Artikel 8

Wirksamkeitsvoraussetzungen für Maßnahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

(1) Die in Artikel 2 Absatz 2 vorgesehene Formen der Zusammenarbeit können nur rechtsverbindlich vereinbart und geändert werden, wenn die Vorschriften des innerstaatlichen Rechts der beteiligten öffentlichen Stellen über:

1. Zuständigkeit und Beschlußfassung der Organe der öffentlichen Stellen;
2. Formerfordernisse;
3. Genehmigungen und
4. Bekanntmachungen,

eingehalten worden sind.

(2) Öffentliche Stellen haben die öffentlichen Stellen, die im Gebiet anderer Vertragspartner gelegen sind, auf die Erfordernisse des Absatzes 1 hinzuweisen.

Artikel 9

Aufsicht

(1) Wenn das innerstaatliche Recht dies vorsieht, unterrichten die beteiligten öffentlichen Stellen ihre Aufsichtsbehörden über die Begründung, Änderung und Beendigung von Formen der Zusammenarbeit nach Artikel 2 Absatz 2, an denen sie beteiligt sind.

(2) Die Befugnisse der Aufsichtsbehörden über öffentliche Stellen und über nach diesem Abkommen gebildete Zweckverbände richten sich nach dem innerstaatlichen Recht des Sitzstaates und bleiben von diesem Abkommen unberührt. Über vorgesehene Aufsichtsmaßnahmen und deren Durchführung gegen einen nach diesem Abkommen gebildeten Zweckverband unterrichtet der Zweckverband seine Mitglieder.

Artikel 10

Rechtsweg und Ansprüche Dritter

(1) Dritte behalten gegenüber einer öffentlichen Stelle, zu deren Gunsten oder in deren Namen ein Zweckverband oder eine andere öffentliche Stelle Aufgaben wahrnehmen, alle Ansprüche, die ihnen zustehen würden, wenn diese Aufgaben nicht im Wege der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erfüllt worden wären. Der Rechtsweg richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der öffentlichen Stelle, deren Aufgabe erfüllt worden ist.

(2) Neben der nach Absatz 1 verpflichteten öffentlichen Stelle haften auch der Zweckverband oder die öffentliche Stelle, die Aufgaben wahrnehmen. Ansprüche gegen sie richten sich nach dem innerstaatlichen Recht des Sitzstaates.

(3) Wird ein Anspruch nach Absatz 1 gegen eine öffentliche Stelle erhoben, für die ein Zweckverband gehandelt hat, so ist der Zweckverband gegenüber der öffentlichen Stelle verpflichtet, diese von der Haftung gegenüber Dritten freizustellen, soweit das innerstaatliche Recht dies zuläßt.

Richtet sich der Anspruch gegen eine öffentliche Stelle, die aufgrund einer Vereinbarung nach Artikel 6 gehandelt hat, so gilt für die Haftung im Verhältnis zwischen diesen beiden öffentlichen Stellen die in der Vereinbarung nach Artikel 6 Absatz 3 enthaltene Regelung.

Artikel 11

Rechtsweg bei Streitigkeiten zwischen öffentlichen Stellen

(1) Bei öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten zwischen öffentlichen Stellen, Zweckverbänden oder kommunalen Arbeitsgemeinschaften aufgrund der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist der Rechtsweg nach den Vorschriften des Staates gegeben, in dem der Beklagte seinen Sitz hat.

(2) Die innerstaatlichen Regelungen über ein vor Beschreiten des Rechtsweges durchzuführendes Vorverfahren (Schlichtung, "conciliation") bleiben unberührt.

Artikel 12

Inkrafttreten

Das Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem der letzte Vertragspartner den anderen Vertragspartnern mitteilt, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

Artikel 13

Geltungsdauer und Kündigung

- (1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (2) Jeder Vertragspartner kann dieses Abkommen mit einer Frist von zwei Jahren zum Ablauf eines Kalenderjahres gegenüber den anderen Vertragspartnern schriftlich kündigen.
- (3) Kündigt das Land Rheinland-Pfalz oder das Land Nordrhein-Westfalen, bleibt das Abkommen zwischen den übrigen Vertragspartnern wirksam. Im Falle der Kündigung durch eines dieser Länder kann das jeweils andere Land innerhalb von drei Monaten nach Zugang der Kündigung erklären, daß es sich dieser anschließt.
- (4) Wird das Abkommen gekündigt, so bleiben die vor dem Außerkrafttreten des Abkommens wirksam gewordenen Maßnahmen der Zusammenarbeit und die Bestimmungen des Abkommens, die sich unmittelbar auf die Formen der Zusammenarbeit beziehen, davon unberührt.

Artikel 14

Beitrittsklausel für die Französische Gemeinschaft

Die Vertragsunterzeichner räumen der Französischen Gemeinschaft Belgiens die Möglichkeit ein, diesem Abkommen beizutreten, sofern diese das wünscht.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu Mainz, am 8. März 1996.

In vier Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Land Nordrhein-Westfalen

Für das Land Rheinland-Pfalz

Für die Wallonische Region

Für die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens

TRADUCTION

F. 99 — 1051 (98 — 2998)

[S - C - 98/33127]

2 JUILLET 1998. — Décret portant assentiment à l'accord entre le Land de Rhénanie du Nord-Westphalie, le Land de Rhénanie-Palatinat, la Région wallonne et la Communauté germanophone de Belgique sur la coopération transfrontalière entre les collectivités territoriales et d'autres instances publiques, signé à Mayence le 8 mars 1996. — Erratum

Au *Moniteur belge* du 7 novembre 1998, page 36431, l'accord ci-après doit être publié en annexe au décret portant assentiment à l'accord entre le Land de Rhénanie du Nord-Westphalie, le Land de Rhénanie-Palatinat, la Région wallonne et la Communauté germanophone de Belgique sur la coopération transfrontalière entre les collectivités territoriales et d'autres instances publiques, signé à Mayence le 8 mars 1996.

Accord entre le Land de Rhénanie du Nord-Westphalie, le Land de Rhénanie Palatinat, la Région wallonne et la Communauté germanophone de Belgique sur la coopération transfrontalière entre les collectivités territoriales et d'autres instances publiques

Le Land de Rhénanie du Nord-Westphalie, le Land de Rhénanie Palatinat, la Région wallonne et la Communauté germanophone de Belgique;

conscients des avantages d'une coopération transfrontalière, telle qu'elle est mise en évidence dans la convention-cadre européenne du 21 mai 1980 signée à Madrid concernant la coopération transfrontalière;

dans le souhait de permettre aux collectivités territoriales et à d'autres instances publiques de coopérer sur une base de droit public;

ont convenu ce qui suit :

Article 1er

Champ d'application

(1) Dans le cadre des compétences dévolues aux parties contractantes en vertu de leurs droits internes, la présente convention s'applique :

1. dans la Région wallonne aux "Communes" et aux "Centres publics d'Aide sociale";
2. dans la Communauté germanophone aux "Gemeinden" et aux "Öffentliche Sozialhilfezentren";
3. dans le Land de Rhénanie du Nord-Westphalie aux "Gemeinden", aux "Kreise", aux "Landschaftsverbände" et au "Kommunalverband Ruhrgebiet";
4. dans le Land Rhénanie Palatinat aux "Gemeinden" aux "Verbandsgemeinden" et aux "Landkreise".

(2) Les "Intercommunales", les "Interkommunalen" et les "Zweckverbände" peuvent établir des coopérations transfrontalières pour autant que leur statut de droit interne les y autorise.

(3) Avec l'accord des autres parties contractantes, chaque partie peut désigner d'autres corporations communales auxquelles seront également appliquées les dispositions de la présente convention.

(4) L'alinéa 3 s'applique également à d'autres personnes juridiques de droit public lorsque leur participation est admise par le droit interne des parties contractantes et que d'autres collectivités locales y participent aussi. Moyennant le respect des mêmes conditions, une participation de personnes de droit privé est également autorisée, à l'exception d'une coopération au sens de l'article 6.

(5) Cette convention ne s'applique pas à des formes de coopération auxquelles participent exclusivement des instances publiques allemandes, ou exclusivement des instances publiques belges.

(6) Sont considérées comme instances publiques au sens de la présente convention les personnes juridiques citées aux alinéas 1er, 2 et 3 ainsi que celles visées à l'alinéa 4.

Article 2

Objectifs et formes de la coopération

(1) Dans le cadre des compétences qui leur sont dévolues en vertu de leur droit interne, les instances publiques peuvent coopérer conformément à la présente convention afin de promouvoir, par la coopération transfrontalière, l'efficacité et la rentabilité de leurs missions.

(2) Sans préjudice des possibilités offertes par le droit civil, la coopération peut prendre forme :

1. d'une intercommunale;
2. de conventions de droit public;
3. de groupes de travail communaux.

Article 3

Intercommunales

(1) Les instances publiques peuvent s'organiser sous la forme d'une intercommunale afin d'accomplir en commun les missions qui peuvent être prises en charge, selon le droit interne en vigueur, par une association de droit public.

(2) L'intercommunale est une association de droit public. Elle dispose de la capacité juridique.

(3) Au défaut de dispositions contraires dans la présente convention, les normes de l'Etat dans lequel l'intercommunale a son siège lui sont applicables.

Article 4

Dispositions statutaires et structure interne de l'intercommunale

(1) Afin de créer une intercommunale, les instances publiques concernées conviennent de ses statuts.

(2) Les organes de l'intercommunale sont l'assemblée et le comité de direction. Dans le respect du droit interne applicable, les statuts peuvent prévoir d'autres organes.

(3) Les statuts de l'intercommunale doivent contenir des dispositions concernant :

1. les membres de l'intercommunale;
2. les missions et les compétences de l'intercommunale;
3. l'appellation et le siège de l'intercommunale;
4. les compétences des organes de l'intercommunale et le nombre de représentants des instances publiques dans ces organes;
5. la procédure de convocation;
6. les majorités nécessaires pour une prise de décision;
7. le caractère public des séances;
8. la langue et la forme des protocoles des séances;
9. la manière dont la comptabilité est tenue;
10. la fixation des cotisations des membres de l'intercommunale;
11. l'admission et l'exclusion des membres;
12. la dissolution de l'intercommunale;
13. la liquidation de l'intercommunale après sa dissolution.

Les statuts peuvent prévoir d'autres dispositions.

(4) Toute modification aux statuts de l'intercommunale requiert l'approbation d'une majorité d'au moins deux tiers du nombre statutaire des membres des instances publiques dans l'assemblée de l'intercommunale. Les statuts de l'intercommunale peuvent prévoir des conditions supplémentaires.

(5) La délégation de représentants par les instances publiques à l'assemblée de l'intercommunale respecte les dispositions du droit interne de l'Etat respectif. A défaut de dispositions contraires dans la présente convention, ceci vaut également pour les droits et obligations de ces représentants à l'égard des instances publiques qui les ont délégués.

Article 5

Les compétences de l'intercommunale à l'égard des tiers

(1) L'intercommunale n'est pas autorisée à imposer ni par acte normatif, ni par acte administratif, des obligations à des tiers.

(2) Dans le cadre des compétences qui leur sont dévolues en vertu de leur droit interne, les membres de l'intercommunale s'engagent à l'égard de celle-ci à prendre les mesures nécessaires à l'accomplissement de sa mission.

Article 6

Convention de droit public

(1) Les instances publiques peuvent conclure une convention de droit public pour autant que les dispositions de leur droit interne les y autorisent. La convention doit faire l'objet d'un écrit.

(2) Elles peuvent, par une convention de droit public, stipuler notamment que l'une d'entre elles se charge d'accomplir une mission confiée à une autre instance publique et ce en son nom et suivant ses instructions tout en respectant les dispositions de droit interne de l'instance publique à qui il revient de donner ces instructions. Une instance publique ne peut convenir de prendre en charge les missions d'une autre instance publique en son propre nom.

(3) Toute convention de droit public doit comporter une clause stipulant si et dans quelle mesure, dans le rapport entre les instances publiques concernées, une exemption de responsabilité à l'égard de tiers aura lieu - pour autant que le droit interne applicable l'autorise.

(4) La convention de droit public doit comporter une disposition sur les conditions de la cessation de la coopération.

(5) A défaut de dispositions contraires contenues dans la présente convention, le droit de l'Etat est applicable, sur le territoire duquel l'obligation résultant de la convention de droit public doit être remplie.

Article 7

Groupe de travail communal

(1) Sur base d'une convention écrite, des instances publiques peuvent créer un groupe de travail communal. Un groupe de travail communal délibère, conformément aux stipulations de la convention intervenue, sur les matières qui concernent les intérêts communs de ses membres.

(2) Un groupe de travail communal n'est pas habilité à prendre des décisions qui engagent les membres ou des tiers.

(3) La convention doit comporter des clauses concernant :

1. le domaine des activités dans lequel le groupe de travail communal doit se mettre en action,
2. le fonctionnement du groupe de travail,
3. le siège du groupe de travail.

(4) A défaut d'autres dispositions prévues dans la présente convention, le droit applicable au groupe de travail est celui de l'Etat où le groupe de travail a son siège.

Article 8

Conditions de validité pour les mesures de coopération transfrontalière

(1) Les formes de coopération prévues à l'article 2 alinéa 2 ne peuvent être convenues ou modifiées de manière valable qu'en respectant les dispositions de droit interne des institutions étatiques concernées sur :

1. la compétence et la prise de décision des organes des instances publiques;
2. les exigences de forme;
3. les autorisations et
4. les publications.

(2) Sur les exigences formulées à l'alinéa 1, les instances publiques doivent informer les instances publiques situées sur le territoire des autres parties contractantes.

Article 9

Tutelle

(1) Lorsque les dispositions du droit interne le prévoient, les instances publiques, qui participent à une forme de coopération telle que définie à l'article 2 alinéa 2, informent leurs autorités de tutelle de la motivation, la modification et la cessation de ces formes de coopération.

(2) La présente convention ne déroge pas au pouvoir de tutelle attribué selon les dispositions du droit interne aux autorités compétentes en matière des instances publiques ainsi qu'en matière des intercommunales créées sur base de la présente convention. L'intercommunale créée sur base de la présente convention informe ses membres sur les mesures de tutelle exécutées à son égard.

Article 10

Recours et actions de tiers

(1) Les tierces personnes conservent à l'égard d'une instance publique pour laquelle ou au nom de laquelle une intercommunale ou une autre instance publique assume une mission, tous les droits qui leurs reviendraient si les missions n'avaient pas été accomplies dans le cadre d'une coopération transfrontalière. Tout recours s'exerce conformément au droit interne de l'Etat de l'instance publique dont la mission a été accomplie.

(2) Outre l'instance publique responsable selon l'alinéa 1, l'intercommunale ou l'instance publique qui accomplit des missions est également responsable. Les actions de tiers à leur encontre relèvent du droit interne de l'Etat du siège.

(3) Lorsque, en application de l'alinéa 1, une action est dirigée à l'encontre d'une instance publique, pour laquelle une intercommunale a agi, cette dernière est obligée de se porter garante en ce qui concerne les réclamations du tiers - pour autant que le droit interne applicable l'autorise.

Lorsqu'une action est dirigée à l'encontre d'une instance publique, qui a agi sur base d'une convention visée à l'article 6, il convient, pour le rapport interne entre les deux instances publiques, de se référer à la convention prise sur base de l'article 6, alinéa 3.

Article 11

Litige entre instances publiques

(1) En cas de litige de droit public entre instances publiques, intercommunales ou groupes de travail communaux qui ont pour objet la coopération transfrontalière, les recours judiciaires sont réglés d'après les dispositions de l'Etat du siège de la partie défenderesse.

(2) Le présent accord ne déroge en rien aux règles de droit interne relatives aux procédures de conciliation préalables aux recours judiciaires.

Article 12

Entrée en vigueur

La présente convention entre en vigueur le premier jour du deuxième mois après le jour, où la dernière partie contractante informe les autres parties contractantes que les conditions requises de droit interne pour la mise en vigueur de la convention sont remplies.

Article 13

Durée de validité de la convention et résiliation

(1) La présente convention est conclue pour une durée indéterminée.

(2) Chaque partie contractante peut résilier la présente convention moyennant un écrit adressé aux partenaires et en respectant un délai de deux ans qui prend cours au terme de l'année civile.

(3) En cas de résiliation par le Land de Rhénanie Palatinat ou par le Land de Rhénanie du Nord-Westphalie, la présente convention reste valable entre les autres parties contractantes. Dans l'hypothèse d'une résiliation par un des deux Länder, l'autre Land peut, dans les trois mois après la réception de la résiliation, notifier qu'il s'y rallie.

(4) En cas de résiliation, les mesures de coopération se rapportant directement aux formes de coopération et ayant sorti leurs effets ayant la mise hors vigueur de la présente convention, restent intactes.

Article 14

Clause d'adhésion pour la Communauté française

Les parties contractantes reconnaissent la possibilité pour la Communauté française de Belgique d'adhérer à la présente convention au cas où celle-ci l'estimerait opportun.

Aux fins d'authentification de ce qui précède, les représentants dûment mandatés à cet effet ont signé cette convention.

Fait à Mainz, le 8 mars 1996.

En quatre originaux, dont la version en langue allemande et en langue française ont toutes deux force obligatoire.

Pour le Land Rhénanie du Nord-Westphalie

Pour le Land Rhénanie Palatinat

Pour la Région wallonne

Pour la Communauté germanophone de Belgique

VERTALING

N. 99 — 1051 (98 — 2998)

[S - C - 98/33127]

2 JULI 1998. — Decreet houdende instemming tot de overeenkomst tussen het Land Noordrijnland-Westfalen, het Land Rijnland-Palts, het Waalse Gewest en de Duitstalige Gemeenschap van België inzake grensoverschrijdende samenwerking tussen territoriale gemeenschappen en andere openbare instanties, ondertekend te Mainz op 8 maart 1996. — Erratum

In het *Belgisch Staatsblad* van 7 november 1998, blz. 36432, moet volgende overeenkomst worden bekendgemaakt als bijlage bij het decreet houdende instemming tot de overeenkomst tussen het Land Noordrijnland-Westfalen, het Land Rijnland-Palts, het Waalse Gewest en de Duitstalige Gemeenschap van België inzake grensoverschrijdende samenwerking tussen territoriale gemeenschappen en andere openbare instanties, ondertekend te Mainz op 8 maart 1996.

Overeenkomst tussen het Land Noordrijnland-Westfalen, het Land Rijnland-Palts, het Waalse Gewest en de Duitstalige Gemeenschap van België inzake grensoverschrijdende samenwerking tussen territoriale gemeenschappen en andere openbare instanties

Het Land Noordrijnland-Westfalen, het Land Rijnland-Palts, het Waalse Gewest en de Duitstalige Gemeenschap van België;

Zich van de voordelen bewust die de grensoverschrijdende samenwerking biedt, zoals benadrukt in de Europese kaderovereenkomst inzake grensoverschrijdende samenwerking, ondertekend te Madrid op 21 mei 1980;

Geleid door de wens aan de territoriale gemeenschappen en andere openbare instanties de mogelijkheid te geven om op een publiekrechtelijke basis samen te werken,

Zijn het volgende overeengekomen :

Artikel 1

Toepassingsgebied

(1) In het kader van de bevoegdheden die aan de contracterende partijen krachtens hun nationaal recht zijn toegekend, is volgende overeenkomst toepasselijk :

1° op de "Communes" en de "Centres publics d'Aide sociale" ("Gemeenten" en "Openbare Centra voor Maatschappelijk Welzijn") in het Waalse Gewest;

2° op de "Gemeinden" en de "Öffentliche Sozialhilfezentren" ("Gemeenten" en "Openbare Centra voor Maatschappelijk Welzijn") in de Duitstalige Gemeenschap;

3° op de "Gemeinden", de "Kreise", de "Landschaftsverbände" en het "Kommunalverband Ruhrgebiet" in het Land Noordrijnland-Westfalen;

4° op de "Gemeinden", "Verbandsgemeinden" en "Landkreise" in het Land Rijnland-Palts.

(2) De "Intercommunales", "Interkommunalen" en "Zweckverbände" mogen grensoverschrijdend samenwerken, voor zover hun volgens hun nationaal recht vastgelegd statuut dat toelaat.

(3) Mits toestemming van de medecontractanten mag elke partij andere gemeentelijke entiteiten aanduiden waarop de bepalingen van de voorliggende overeenkomst toepasselijk zullen zijn.

(4) Het derde lid is eveneens van toepassing op andere publiekrechtelijke rechtspersonen, indien hun deelname door het nationaal recht van de contracterende partijen toegelaten wordt en indien andere gemeentelijke gemeenschappen er eveneens aan deelnemen. Met inachtneming van dezelfde voorwaarden is een deelname van privaatrechtelijke rechtspersonen ook mogelijk, behoudens een samenwerking in de zin van artikel 6.

(5) Deze overeenkomst is niet van toepassing op samenwerkingsvormen waaraan uitsluitend ofwel Duitse ofwel Belgische openbare instanties deelnemen.

(6) Worden als openbare instanties in de zin van de voorliggende overeenkomst beschouwd de rechtspersonen opgesomd in de leden 1, 2 en 3 alsmede degenen bedoeld in lid 4.

Artikel 2

Doelstellingen en vormen van de samenwerking

(1) In het kader van de bevoegdheden die aan de contracterende partijen krachtens hun nationaal recht zijn toegekend, mogen de openbare instanties op basis van de voorliggende overeenkomst samenwerken om, door middel van de grensoverschrijdende samenwerking, de doeltreffendheid en de rentabiliteit van hun opdrachten te bevorderen.

(2) Onverminderd de door het burgerlijk recht aangeboden mogelijkheden, kan de samenwerking de vorm aannemen van :

1° een intercommunale;

2° publiekrechtelijke akkoorden;

3° gemeentelijke werkgroepen.

Artikel 3

Intercommunales

(1) Met het oog op de gezamenlijke vervulling van opdrachten die een publiekrechtelijke vereniging volgens het toepasselijk nationaal recht mag waarnemen, mogen de openbare instanties de vorm van een intercommunale aannemen.

(2) De intercommunale is een publiekrechtelijke vereniging. Zij is handelingsbekwaam.

(3) Bij gebrek aan tegenstrijdige bepalingen in de voorliggende overeenkomst zijn de rechtsnormen van de Staat waar de intercommunale haar zetel heeft op haar toepasselijk.

Artikel 4

Statutaire bepalingen en interne structuur van de intercommunale

(1) Ten einde een intercommunale op te richten leggen de betrokken openbare instanties de statuten ervan vast.

(2) De organen van de intercommunale zijn de vergadering en het bestuur. Met in achtneming van het toepasselijk nationaal recht mogen de statuten in andere organen voorzien.

(3) De statuten van de intercommunale moeten bepalingen bevatten over :

1° de leden van de intercommunale;

2° de opdrachten en de bevoegdheden van de intercommunale;

3° de benaming en de zetel van de intercommunale;

4° de bevoegdheden van de organen van de intercommunale alsmede het aantal vertegenwoordigers die de openbare instanties naar deze organen zenden;

5° de procedure inzake bijeenroeping;

6° de meerderheden die noodzakelijk zijn om een beslissing te nemen;

7° de openbaarheid van de zittingen;

8° de taal en de vorm voor het opstellen van de proces-verbalen;

9° de aard van de boekhouding;

10° de vaststelling van de bijdragen betaald door de leden van de intercommunale;

11° de toetreding en de uittreding van leden;

12° de ontbinding van de intercommunale;

13° de vereffening van de intercommunale na de ontbinding ervan.

De statuten mogen in andere bepalingen voorzien.

(4) Voor elke wijziging van de statuten van de intercommunale is een meerderheid van tenminste twee derden van het statutair aantal leden van de openbare instanties in de vergadering van de intercommunale vereist. De statuten van de intercommunale mogen in bijkomende voorwaarden voorzien.

(5) De zending van vertegenwoordigers van de openbare instanties naar de vergadering van de intercommunale moet met inachtneming van het nationaal recht van de betrokken Staat gebeuren. Bij gebrek aan tegenstrijdige bepalingen in de voorliggende overeenkomst geldt dat eveneens voor de rechten en plichten van deze vertegenwoordigers ten opzichte van de openbare instanties die hen gezonden hebben.

Artikel 5

De bevoegdheden van de intercommunale

(1) De intercommunale is er niet toe gerechtigd om aan derden verplichtingen op te leggen, noch door normatieve akte noch door een bestuurshandeling.

(2) In het kader van de bevoegdheden die aan de leden van de intercommunale krachtens hun nationaal recht zijn toegekend, verplichten ze er zich toe de maatregelen te nemen die voor de vervulling van de opdrachten van de vereniging noodzakelijk zijn.

Artikel 6

Publiekrechtelijk akkoord

(1) Voor zover de bepalingen van hun nationaal recht dat toelaten, mogen de openbare instanties een publiekrechtelijk akkoord sluiten. Dit akkoord moet schriftelijk verleden worden.

(2) Door een publiekrechtelijk akkoord mogen ze o.a. bepalen dat één onder hen de opdracht die een andere openbare instantie toevertrouwd is namens deze instantie en volgens de door haar gegeven aanwijzingen zal vervullen met inachtneming van het nationaal recht van de instantie die de aanwijzingen geeft. Er mag niet overeengekomen worden dat een openbare instantie de opdrachten van een andere op eigen naam zal vervullen.

(3) Elk publiekrechtelijk akkoord moet een beding bevatten waar bepaald wordt of en in welke mate — in de betrekkingen tussen de betrokken openbare instellingen — een vrijstelling van de aansprakelijkheid ten opzichte van derden zal plaatsvinden op voorwaarde dat het toepasselijk nationaal recht dat toelaat.

(4) Het publiekrechtelijk akkoord moet een beding over de voorwaarden bevatten onder welke een einde wordt gemaakt aan de samenwerking.

(5) Bij gebrek aan tegenstrijdige bepalingen in de voorliggende overeenkomst is het recht van de Staat op wiens gebied de uit het publiekrechtelijk akkoord voortvloeiende verplichting moet worden vervuld toepasselijk.

Artikel 7

Gemeentelijke werkgroep

(1) Op basis van een schriftelijk akkoord mogen de openbare instanties een gemeentelijke werkgroep oprichten. Een gemeentelijke werkgroep beraadslaat overeenkomstig de bepalingen van het gesloten akkoord over de aangelegenheden die de gemeenschappelijke belangen van zijn leden betreffen.

(2) Een gemeentelijke werkgroep is er niet toe gerechtigd om beslissingen te nemen die aan de leden of derden verplichtingen opleggen.

(3) Het akkoord moet bedingen bevatten over :

1° het actieterrein van de gemeentelijke werkgroep;

2° de werking van de werkgroep;

3° de zetel van de werkgroep.

(4) Bij gebrek aan tegenstrijdige bepalingen in de voorliggende overeenkomst is het recht van de Staat waar de werkgroep zijn zetel heeft op hem toepasselijk.

Artikel 8

Geldigheidsvoorwaarden voor de maatregelen inzake grensoverschrijdende samenwerking

(1) De samenwerkingsvormen waarin artikel 2, lid 2, voorziet mogen slechts met inachtneming van de nationale rechtelijke bepalingen van de betrokken staatsinstellingen over :

- 1° de bevoegdheid van en de besluitvorming bij de organen van de openbare instanties;
- 2° de vereisten qua vorm;
- 3° de vergunningen en
- 4° de bekendmakingen,

geldig vastgelegd of gewijzigd worden.

(2) De openbare instanties moeten degenen die hun zetel op het grondgebied van de andere contracterende partijen hebben over de in het eerste lid opgesomde vereisten informeren.

Artikel 9

Toezicht

(1) De openbare instanties die aan een samenwerking zoals bepaald in artikel 2, lid 2, deelnemen zullen hun toezichthoudende overheden informeren over de motivering de wijziging en de beëindiging van de samenwerking voor zover de bepalingen van hun nationaal recht dat voorschrijven.

(2) De voorliggende overeenkomst wijkt niet van het toezichthoudend gezag af dat het nationaal recht toekent aan de overheden die bevoegd zijn voor de openbare instanties en de op grond van de voorliggende overeenkomst opgerichte intercommunales. De op grond van de voorliggende overeenkomst opgerichte intercommunale informeert haar leden over de maatregelen die inzake toezicht tegen haar getroffen worden.

Artikel 10

Rechtsmiddelen en vordering van derden

(1) Ten opzichte van een openbare instantie waarvoor of namens welke een intercommunale of een andere openbare instantie een opdracht vervult bewaren de derden alle rechten die zij zouden hebben als de opdrachten niet in het kader van een grensoverschrijdende samenwerking zouden vervuld zijn. Elk beroep wordt volgens het nationaal recht van de Staat ingediend waaronder de openbare instantie ressorteert waarvan de opdracht vervuld werd.

(2) Naast de krachtens het eerste lid aansprakelijke openbare instantie is de intercommunale of de openbare instantie die de opdracht vervult eveneens verantwoordelijk. Voor de vorderingen van derden tegen hen is het nationaal recht van de Staat toepasselijk waar zij hun zetel hebben.

(3) Indien een vordering met toepassing van het eerste lid tegen een openbare instantie wordt gevoerd waarvoor een intercommunale gehandeld heeft moet deze laatste als borg optreden voor de vorderingen van de derde voor zover het toepasselijk nationaal recht dat toelaat.

Wordt een vordering tegen een openbare instantie gevoerd die op basis van een in artikel 6 bedoeld akkoord gehandeld heeft moet er naar het op basis van artikel 6 lid 3 gesloten akkoord verwezen worden voor de betrekkingen tussen beide openbare instanties.

Artikel 11

Geschillen tussen openbare instanties

(1) De publiekrechtelijke geschillen tussen openbare instanties, intercommunales of gemeentelijke werkgroepen wegens de grensoverschrijdende samenwerking worden volgens de bepalingen van de Staat geregeld waar de verweerder zijn zetel heeft.

(2) De voorliggende overeenkomst wijkt niet van de nationale rechtelijke regels af die betrekking hebben tot de voorafgaande bemiddelingsprocedures.

Artikel 12

Inwerkingtreding

De voorliggende overeenkomst heeft in werking op de eerste dag van de tweede maand volgend op de dag waarop de laatste contracterende partij de medecontractanten op de hoogte stelt dat aan alle voorwaarden voldaan is die het nationaal recht qua inwerkingtreding van de overeenkomst oplegt.

Artikel 13

Geldigheidsduur van de overeenkomst en opzegging

(1) De voorliggende overeenkomst wordt voor een onbepaalde termijn gesloten.

(2) Met inachtneming van een termijn van twee jaar na afloop van het kalenderjaar mag elke contracterende partij de voorliggende overeenkomst opzeggen door de medecontractanten een geschrift te zenden.

(3) Wordt de overeenkomst door het Land Noordrijnland-Westfalen of door het Land Rijnland-Palts opgezegd blijft ze echter geldig voor de andere contracterende partijen. Bij opzegging door één van beide Länder mag de andere binnen de drie maanden na de ontvangst van de opzegging aankondigen dat hij er zich bij aansluit.

(4) Bij opzegging blijven de maatregelen inzake samenwerking van toepassing die rechtstreeks betrekking hebben tot de samenwerkingsvormen en die in werking getreden zijn voordat de voorliggende overeenkomst buiten werking gesteld wordt.

Artikel 14

Toetredingsbeding ten gunste van de Franse Gemeenschap

De contracterende partijen bieden de Franse Gemeenschap de mogelijkheid om indien zij het wenst de voorliggende overeenkomst te onderschrijven.

Met het oog op de waarneming van het voorafgaande, hebben de te dien einde behoorlijk gevolmachtigde vertegenwoordigers deze overeenkomst ondertekend.

Gedaan te Mainz op 8 maart 1996.

In vier originele stukken waarvan de Duitse en de Franse versie verbindende kracht hebben.

Namens het Land Noordrijnland-Westfalen

Namens het Land Rijnland-Palts

Namens het Waalse Gewest

Namens de Duitstalige Gemeenschap